Antrag 136/II/2022
KDV Pankow
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Zigarettenkonzerne raus aus den Parlamenten und raus aus der SPD - gegen politische Einflussnahme und Werbung der Tabakindustrie!

- Die SPD bekennt sich uneingeschränkt zu den Verpflichtungen der von Deutschland im Jahr 2004 ratifizierten WHO-Tabakrahmenkonvention (FCTC) und setzt sich für deren schnelle sowie konsequente Umsetzung ein. Dies betrifft in besonderem Maße Artikel 8 (Schutz vor Passivrauchen), Artikel 13 (Tabakwerbung) und Artikel 5.3, der den strengen Schutz des Gesetzgebungsprozesses vor politischer Einflussnahme durch die Tabakindustrie zum Gegenstand hat.
- Mit Bezug auf Artikel 5.3 FCTC erarbeitet die SPD einen politischen Verhaltenskodex zum Umgang mit der Tabakindustrie (fortan definiert als: Herstellerunternehmen von Tabakprodukten und verwandten Erzeugnissen, einschließlich der Herstellerunternehmen von Zigarettenmaschinen und Aufstellerunternehmen von Zigarettenautomaten). Für einen solchen Verhaltenskodex setzt sich die SPD auch jenseits der eigenen Parteigrenzen (also in Bezug auf Regierungsmitglieder, Staatsbedienstete und Mitglieder des Bundestages und der Landesparlamente) ein.
- Die SPD verpflichtet sich, keine Gelder der Tabakindustrie anzunehmen. Diese Selbstverpflichtung umfasst jede Ebene der Partei bzw. parteinaher Organisationen und jede Form von Geldflüssen und anderweiten Dienst- und Sachleistungen (Spenden, Sponsoring, etc.).

Begründung

Tabak führt in Deutschland und weltweit zu schwersten gesundheitlichen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Schäden. Allein in Deutschland sterben pro Jahr erschreckende 127.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Tabak ist damit mit Abstand das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko und Todesursache in Deutschland. Hinzu kommen **Kosten für die Solidargemeinschaft von jährlich rund 97 Mrd. Euro** (Behandlungskosten, Produktivitätsausfälle, Reinigungskosten, etc.) sowie weitreichende ökologische Schäden über die gesamte Tabaklieferkette hinweg – angefangen bei der Abholzung und Wasserverschmutzung im Rahmen des Tabakanbaus über enorme CO2-Emissionen bei der Tabakverarbeitung bis hin zu den jährlich **4,5 Billionen Zigarettenkippen, die unsachgemäß in der Umwelt entsorgt werden.**

Die Tabakindustrie ist kein ‚normaler' Wirtschaftszweig! es sind vor allem die besonders perfiden, menschenrechtsfeindlichen und betrügerischen Praktiken der Zigarettenkonzerne, die strenge Gesetze und einen politischen Verhaltenskodex nicht nur rechtfertigen, sondern ethisch geradezu notwendig machen. Die Tabakindustrie ist sich über das hohe Suchtpotenzial vollkommen im Klaren - hat es jedoch durch das gezielte Beimischen von Zusatzstoffen noch zusätzlich weiter erhöht. Sie versucht seit jeher mithilfe verschiedenster Marketingstrategien (Werbung, Produktplatzierungen, Influencing, Promotion, etc.) Einfluss auf die Konsumpräferenzen junger, meist minderjähriger und nicht selten vulnerabler Menschen zu nehmen. Gerade in der Pubertät sind Menschen besonders empfänglich für äußere Einflüsse, die ihnen Identität, Zugehörigkeit oder Anerkennung versprechen.

Der Tabakindustrie nimmt das menschliche Leid, das durch ihr Produkt verursacht wird, seit jeher billigend in Kauf. Dabei schreckt sie auch nicht davor zurück, mangelndes Bewusstsein gezielt auszunutzen, wie sich beispielsweise in ärmeren Bevölkerungsteilen des globalen Südens beobachten lässt. Zudem ist ausführlich dokumentiert, dass die Tabakindustrie jahrzehntelang systematisch versucht hat, etablierte wissenschaftliche Erkenntnisse zur Schädlichkeit des aktiven und passiven Rauchens zu bekämpfen. Ziel war immer die Verhinderung oder zumindest Verzögerung von unliebsamen Regulierungen. Zu diesem Zweck wurden gezielt Falschinformationen verbreitet und Forschungsergebnisse manipuliert.

Deutschland weist eine der schlechtesten Tabakkontrollpolitiken in ganz Europa auf. **Auf der Europäischen Tabakkontrollskala belegt Deutschland seit 2013 fortlaufend den (vor)letzten Platz.** Ein Hauptgrund für dieses Abschneiden ist die Tatsache, dass hierzulande der Tabakindustrie nach wie vor weitreichende Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme gewährt werden – sowohl von Regierungsseite als auch von Parteienseite. Damit verstößt Deutschland regelmäßig gegen **Artikel 5.3 des WHO-Tabakrahmenübereinkommens (FCTC)**, das von Deutschland 2004 ratifiziert wurde.

Obwohl sich die SPD auf Bundesebene regelmäßig für Tabakkontrollmaßnahmen einsetzt, nimmt die SPD regelmäßig Summen an Spendengeldern (insbesondere in Form von Sponsoring) entgegen. Spenden von der Tabakindustrie - als einem der ethisch fragwürdigsten Industriezweige überhaupt, der jedes Jahr weltweit über 8 Millionen Todesopfer zu verantworten hat - sind besonderem Maße problematisch.